



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

DIE SANKTIONSPOLITIK DER EU

- **EDITORIAL**
Die Entwicklung der Beziehung zwischen Belarus und der EU 2
 - **KOMMENTAR**
Symptom statt Gegenmittel: Unilaterale EU-Sanktionen gegen Belarus 2
Von Sascha Lohmann, Berlin
 - Von schwachen Sanktionen zu komplizierter Zusammenarbeit.
Der Teufelskreis der EU-Politik gegenüber Belarus 4
Von Kamil Kłysiński, Warschau
 - Die bisherigen EU-Sanktionen gegenüber Belarus: Zum (Un-)Sinn einer Sisyphusarbeit 6
Von Aser Babajew, Baku
-
- **CHRONIK**
16. Februar – 3. April 2016 8



Die Entwicklung der Beziehung zwischen Belarus und der EU

Die Beziehungen zwischen Belarus und der EU waren bereits kurz nach der Anerkennung des postsowjetischen Staates seitens der EU von Schwierigkeiten geprägt. Mit dem Amtsantritt von Präsident Lukaschenko (1994) wurde das Verhältnis zur EU zunehmend belastet, da er ab 1996 durch eine Verfassungsänderung seine Macht absicherte und zunehmend autokratisch regierte. Trotzdem wurden Verhandlungen für ein Handels- und Assoziierungsabkommen aufgenommen und 1995 abgeschlossen. 1997 wurde das Abkommen jedoch eingefroren. Die EU begründete dies mit der politischen Situation in Belarus. Bemängelt wurden Verletzungen der Menschenrechte, unzureichende wahltechnische Standards und das Vorgehen gegen Opposition, Zivilgesellschaft und unabhängige Medien. 2004 erhöhte die EU die Anzahl der belarussischen Offiziellen, die keine Visa für die Einreise in die Europäische Union erhielten.

Ab 2008 verfolgte die EU eine Politik der schrittweisen Annäherung an das Regime um Präsident Lukaschenko, da seit Sommer 2007 immer mehr politische Gefangene entlassen wurden. Daraufhin wurden einige Einreisesperren durch die EU aufgehoben. Die weitere Annäherung bestand in der Einbeziehung des Landes in die europäische Politik der »Östlichen Partnerschaft« und gipfelte in dem Besuch des polnischen und deutschen Außenministers in Minsk.

Nach der Präsidentschaftswahl im Dezember 2010 wurde die Politik der schrittweisen Annäherung jedoch unterbrochen, da das Lukaschenko-Regime auf Großdemonstrationen nach der Wahl mit Repressionen reagierte. 2011 verhängte die EU daraufhin 200 Einreisesperren für belarussische Offizielle, verabschiedete ein

Waffenembargo inklusive aller Geräte oder Materialien, die der Repression in Belarus dienlich sein könnten und fror die Konten von drei Unternehmen ein, die in Verbindung mit dem Regime standen. Im Frühjahr 2012 kam es zu einem diplomatischen Eklat, als die Missionschefs der EU-Vertretung und Polens des Landes verwiesen wurde. Ihnen schlossen sich die restlichen EU-Botschafter an und verließen für knapp zwei Monate das Land. Die Sanktionen wurden ausgeweitet und betrafen jetzt alle diejenigen, die für ernsthafte Menschenrechtsverletzungen, der Repression gegen die Zivilgesellschaft oder gegen die Opposition verantwortlich waren und/oder von der Unterstützung des Regimes profitierten. Im Oktober 2012 waren 227 belarussische Beamten von der Einreise in die EU ausgeschlossen, 243 Personen und 32 belarussischen Unternehmen wurden die Bankkonten im EU-Ausland eingefroren.

Eine erneute Annäherung fand jetzt im Umfeld der Präsidentschaftswahl im Herbst 2015 statt. Die Demonstrationen verliefen friedlich, politische Gefangene wurden entlassen und die Rolle von Minsk in der Ukraine-Krise ausdrücklich gelobt. Ab Oktober 2015 wurden von Seiten der EU ein Großteil der Sanktionen ausgesetzt und ab Februar 2016 ganz aufgehoben.

Vor diesem Hintergrund sollen in der vorliegenden Ausgabe der Belarus-Analysen anhand verschiedener Beiträge und Blickwinkel die wechselhafte Entwicklung der Beziehung zwischen Belarus und der EU erörtert, die Sanktionspolitik erklärt, deren Effektivität hinterfragt und mögliche Gründe für deren Änderung näher beleuchtet werden.

Aron Trieb, Bremen/Magdeburg

Symptom statt Gegenmittel: Unilaterale EU-Sanktionen gegen Belarus

Von Sascha Lohmann, Berlin

Auf ihrem Treffen am 12. Februar in Brüssel beendeten die Außenminister der Europäischen Union (EU) die bereits seit Ende Oktober 2015 ausgesetzten Sanktionen. Wenige Ausnahmen bleiben für ein weiteres Jahr in Kraft: Neben vier gelisteten Einzelpersonen zählen dazu das Embargo für schwere Waffen und

für solche, die zur Niederschlagung von Aufständen im Inneren verwendet werden können.

Mit unilateralen Sanktionen schränkt die EU ihre politischen und wirtschaftlichen Austauschverhältnisse mit einem oder mehreren Empfängern ein, ohne dabei eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Natio-

nen umzusetzen. Die Rücknahme dieser Sanktionen, ob als zeitlich begrenzte Aussetzung oder endgültige Aufhebung, wird zumeist an bestimmte öffentliche oder nicht-öffentliche Forderungen geknüpft. Diese Forderungen richten sich im Fall von Belarus nach der Wahl von Präsident Alexander Lukaschenka im Juni und Juli 1994 auf Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit sowie ein Ende der Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Akteure einschließlich der politischen Konkurrenz. Seit 1996 sind Sanktionen im Rahmen der Politik des Kritischen Dialoges das Instrument der Wahl, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Wirksames Gegenmittel?

Die Wirksamkeit der EU-Sanktionspolitik gegen Belarus kann aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht werden. Der für Politik und Wissenschaft relevanteste Blickwinkel ist jener nach dem kausalen Zusammenhang zwischen gezeitigten Wirkungen von Sanktionen und dem Verhalten des Empfängers. Die dabei zugrunde gelegte Wirkungstheorie postuliert eine Umwandlung der auferlegten wirtschaftlichen Kosten in geforderte politische Zugeständnisse. Mit Blick auf die in der Literatur beschriebene Erfahrung anderer Fälle besteht jedoch zunächst wenig Grund zu der Annahme, dass sich wirtschaftlicher Druck auf Belarus unmittelbar in politische Konzessionen umwandeln ließe.

Ob, und wenn ja zu welchem Grad die EU-Sanktionen zu einer gewünschten Verhaltensänderung des Regimes von Präsident Lukaschenka beitragen, kann in der politischen Auseinandersetzung zwar ohne weiteres behauptet, jedoch keineswegs wissenschaftlich sauber nachgewiesen werden. Denn die konkreten Wirkungen der EU-Sanktionen lassen sich nicht von den anderen, gleichzeitig erfolgenden Eingriffen isolieren. So flankiert die EU ihre Sanktionspolitik mit einer Reihe weiterer Maßnahmen wie technischer Zusammenarbeit, Verhandlungen über Einreiseerleichterungen, einer Förderung der belarussischen Zivilgesellschaft sowie der Östlichen Partnerschaft, an dessen multilateraler Programmlinie Belarus seit 2009 ohne Unterbrechung teilnimmt.

Abgesehen davon ist die im Fall der EU-Sanktionspolitik gegen Belarus gewählte Form der Sanktionen kaum geeignet, ausreichenden wirtschaftlichen Druck zu entfalten, um eine Umsetzung der erhobenen Forderungen zu erzwingen. Der erzeugte wirtschaftliche Schaden der beendeten Vermögens- und Reisesperren für die mehr als 200 gelisteten Einzelpersonen sowie jener rund 30 Einrichtungen und Unternehmen ist begrenzt. Der bilaterale Gesamthandel von Gütern und Dienstleistungen lief unbeschränkt weiter und die EU ist, noch vor Russland, Belarus' wichtigster Handelspartner.

Selbst die gezielten Sanktionen gegen Einzelpersonen, Einrichtungen und Unternehmen können unterlaufen werden, indem deren benötigte oder produzierte Güter, Dienstleistungen und Kapital über Tarnfirmen aus Russland oder der Ukraine bezogen oder ausgeführt werden. Für die Umsetzung der Vermögenssperren sind die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zuständig, die sich weder untereinander noch mit der EU-Kommission eng austauschen. Zudem können Regimeangehörige die ihnen auferlegten Reisebeschränkungen durch eine Teilnahme an Treffen internationaler Organisationen und Vereinigungen unterlaufen.

Der Versuch der EU, das Verhalten von Präsident Lukaschenka mit Sanktionen in eine gewünschte Richtung zu lenken, verdeutlicht einmal mehr, dass der Steuerungsfähigkeit politischer Entscheidungsträger enge Grenzen gesetzt sind. Statt den erhobenen Forderungen wirkungsvoll Nachdruck zu verleihen und gewünschte Ergebnisse zu befördern, traten eine Reihe unerwünschter Nebeneffekte auf wie etwa eine gesteigerte Abhängigkeit Lukaschenkas von Russland.

Politisches Symptom

Wie kann der Einsatz unilateraler EU-Sanktionen gegen Belarus angesichts des Befunds ihrer begrenzten Wirksamkeit dann verstanden werden? Dafür ist es hilfreich, eine Perspektive einzunehmen, wonach Sanktionen nicht als ein potentiell hilfreiches Gegenmittel gegen unerwünschte Handlungen des Regimes von Lukaschenka, sondern als ein Symptom der gestörten Beziehung zwischen der EU und Belarus begriffen werden.

Diese gestörte Beziehung erzeugt Handlungsdruck für die außenpolitischen Entscheidungsträger der EU, da die europäische Öffentlichkeit zu den Rechtsstaatsdefiziten und Verletzungen der Bürgerrechte in Belarus eine kritischere Position einnimmt, als zu solchen, die in entfernteren Ländern verübt werden. Die unter vielerlei Zwängen stehenden außenpolitischen Entscheidungsträger der EU, die neben wirtschaftlichen und politischen auch die widerstreitenden Interessen einzelner Mitgliedsstaaten berücksichtigen müssen, können den empfundenen Handlungsdruck mit Sanktionen wirksam abbauen, wenn sie auf militärische Gewalt verzichten und gleichzeitig nicht tatenlos zuschauen wollen.

Die dieser Perspektive zugrunde liegenden Wirkungstheorien fußen nicht auf der Erzeugung wirtschaftlicher Kosten, sondern auf dem Akt der Verhängung an sich. Hierbei wirken Sanktionen erstens durch die Übermittlung strategischer Informationen wie Ablehnung gegenüber dem Empfänger, Entschlossenheit gegenüber der eigenen Bevölkerung sowie Abschreckung gegenüber Dritten. Zweitens kann der Empfänger von Sanktionen öffentlichkeitswirksam bestraft und damit

stigmatisiert werden. Schließlich können Sanktionen drittens dazu beitragen, den Sender bei der Selbstbeschreibung bestimmter Werte zu bestärken.

Der empfundene Handlungsdruck außenpolitischer Entscheidungsträger hängt von der Wahrnehmung des politischen Kontexts in Politik und Öffentlichkeit ab und verändert sich damit im Zeitverlauf. Dies spiegelt sich am Einsatz von Sanktionen wieder, also wie streng oder locker die Erfüllung der mit ihnen verbundenen Forderungen interpretiert werden. Während sich am repressiven und autoritären Regierungsstil von Machthaber Lukaschenka, abgesehen von der Freilassung politischer Gefangene, kaum etwas verändert hat, sieht sich die EU derzeit mit weitaus dramatischeren Herausforderungen konfrontiert, die Öffentlichkeit und Politik beanspruchen. Dazu zählen die massenhafte Flucht und Migration aus dem Nahen Osten und Nordafrika

sowie die gewaltsame Infragestellung der völkerrechtlich garantierten Sicherheitsordnung in Europa durch das Vorgehen der russischen Führung in der Ukraine.

Die interessengeleitete Schaukelstuhlpolitik zwischen Russland und der EU, mit der Lukaschenka seinen Machterhalt langfristig abzusichern versucht, nutzt die veränderte Problemwahrnehmung von Politik und Bevölkerung innerhalb der EU geschickt aus. Während er das russische Vorgehen in der Ukraine kritisierte, wurden in Minsk die Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich, der Ukraine sowie Russland über eine Lösung des Ukraine-Konflikts ausgerichtet. Diese Veränderungen des geopolitischen Kontextes haben den Handlungsdruck im gestörten Verhältnis der EU mit Belarus spürbar gesenkt, was sich in der angepassten Sanktionspolitik niederschlägt.

Über den Autor:

Sascha Lohmann ist Diplom-Politologe und Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zurzeit ist er in der Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig und forscht dort zu internationaler Sanktionspolitik mit einem Schwerpunkt auf US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Von schwachen Sanktionen zu komplizierter Zusammenarbeit. Der Teufelskreis der EU-Politik gegenüber Belarus

Von Kamil Kłysiński, Warschau

Das Hauptmerkmal der EU-Politik gegenüber Belarus während der letzten Jahre ist eine zyklische Entwicklung von prinzipieller Kritik und Sanktionen zu einer Ausweitung der Beziehungen und Kooperation. Bezeichnend ist die Tatsache, dass jede Veränderung der Beziehungen damit begründet wird, dass der vorhergehende Ansatz gescheitert sei und nun scheinbar neue Argumente für einen Politikwandel präsentiert werden, die jedoch lediglich die Argumente aus derselben Phase des vorhergehenden Zyklus wiederholen.

Diese spezifische Dialektik in der Strategie Brüssels ergibt sich aus den Eigenheiten sowohl der EU als auch des Lukaschenko-Regimes in Belarus. Auf der einen Seite steht eine internationale Organisation, die auf demokratischen Regeln basiert und darauf besteht, dass alle 28 Mitgliedstaaten die gleichen Werte vertreten, jedoch gleichzeitig verschiedene (in manchen Fällen sogar gegensätzliche) Interessen in etlichen Teilen der Welt einschließlich der Region Osteuropa verfolgen. In diesem Zusammenhang ist es außerdem wichtig zu erwähnen, dass Entscheidungen innerhalb der Mitgliedstaaten und innerhalb der EU auf Konsens beru-

hen, was bedeutet, dass alle Positionen und Meinungen berücksichtigt werden müssen. Auf der anderen Seite haben wir ein relativ stabiles autoritäres Regime, welches aufgrund seiner Natur nicht in der Lage ist, westliche Demokratiestandards anzunehmen und dessen gesamte Innenpolitik dem Hauptziel des belarussischen Präsidenten untergeordnet ist – um jeden Preis an der Macht zu bleiben.

Im Ergebnis gehört Belarus zu den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, die kein Interesse an einer EU-Mitgliedschaft zeigen und die Beziehung zur EU nur als mögliche Lösung für akute wirtschaftliche und politische Probleme betrachten. Allerdings ist der Fall Belarus um einiges komplizierter als der anderer autoritärer post-sowjetischer Staaten. Aserbaidschan zum Beispiel ist aufgrund der großen geografischen Entfernung in den westlichen Medien und unter den Eliten nicht so umstritten. Von Belarus, welches mitten in Europa in direkter Nachbarschaft zur EU liegt, erwartet das westliche Europa, dass die allgemein anerkannten, europäischen Standards bezüglich des politischen Systems und der Menschenrechte befolgt werden. Des-

halb erhebt Brüssel jedes Mal, wenn in Belarus schamlose Verletzungen dieser Standards begangen werden und das Regime großangelegte Repressionen gegen die politische Opposition, NGOs und die unabhängigen Medien einleitet, Einreiseverbote gegen mehrere hohe Repräsentanten des Regimes sowie (in viel kleinerem Ausmaß) wirtschaftliche Restriktionen gegen Unternehmen, welche als finanzielle Unterstützer der undemokratischen Politik des Regimes gesehen werden.

In diesem Zusammenhang versucht die EU, Alexander Lukashenko mit der Strategie »Zuckerbrot und Peitsche« zumindest zu teilweisen Reformen im politischen und wirtschaftlichen System zu bewegen. Nach mehreren Jahren eingefrorener Beziehungen und eingeschränkter Kooperation wird deutlich, dass Lukashenko nicht nur Reformen ausschließt, sondern den Westen ebenfalls eines »unkonstruktiven Ansatzes« und der Verhinderung von Kooperation beschuldigt. Gleichzeitig kommt die EU zu der Einsicht, dass die Sanktionen ein ineffizientes Mittel sind. Der ausschlaggebende Auslöser der aktuellen Annäherung scheint die aggressive Politik Russlands im post-sowjetischen Raum zu sein, welche automatisch zu tiefer Besorgnis zahlreicher EU-Mitgliedsstaaten führte. Die Erosion einer von Prinzipien geleiteten Sanktionspolitik wird zusätzlich befördert von einzelnen Mitgliedsstaaten, die an wirtschaftlichen Investitionen in Belarus interessiert sind.

Das belarussische Regime nimmt die sich anbahnende Veränderung und die Annäherungsbemühungen der EU über diplomatische Kanäle wahr und versucht, diesen Prozess zu erleichtern, indem es sichtbare Gesten des guten Willens zeigt, was gewöhnlich die Freilassung von allen politischen Gefangenen bedeutet. Zudem kündigt Minsk weitere Veränderungen an, was der EU bereits als Grundlage genügt, um von einer restriktiven Politik hin zu einer neuen Öffnung der Beziehungen zu wechseln.

In den letzten Jahren konnte man zweimal solche Veränderungen in den Beziehungen zwischen Brüssel und Minsk beobachten. Die erste Öffnung fand 2008 statt und die zweite 2016. So können wir zurzeit den Anfang eines neuen Versuches beobachten, eine gute Nachbarschaft zwischen zwei so unterschiedlichen politischen Strukturen wie der EU und Belarus zu entwickeln.

Die Erfolgchancen dieses Versuches können nicht komplett verneint werden, es ist aber wichtig, zwei

Aspekte zu betrachten, welche bisher für das Scheitern der EU-Politik gegenüber Belarus verantwortlich waren. Der erste Aspekt bezieht sich auf die Kosten-Nutzen-Kalkulation. Es ist offensichtlich, dass die belarussische Seite im Vergleich zur EU aus jeder Phase des Dialogs um einiges mehr Vorteile zieht. Jede Annäherung an die EU ermöglicht Lukashenko einen signifikanten Vorteil bei Verhandlungen mit Russland, seinem übermächtigen politischen und wirtschaftlichen Partner. Außerdem verbessert die Kooperation mit der EU die Kreditwürdigkeit von Belarus und erhöht die Attraktivität des Landes für Investoren und strategische Kreditgeber wie zum Beispiel den IWF. Zu guter Letzt können sich Alexander Lukashenko und sein politisches Umfeld nach dem Aufheben der Einreiseverbote nun als Repräsentanten eines unabhängigen Staates fühlen, die in alle EU Mitgliedstaaten einreisen dürfen. Im Gegenzug bekommt der Westen nur einige symbolische Zugeständnisse, die nur scheinbar die politische Realität in Belarus liberalisieren. Während jeder Phase der Dialogs herrschte ein Mangel an wirklich nachhaltigen und systematischen Veränderungen sowohl im wirtschaftlichen wie auch im politischen Bereich.

Der zweite Aspekt betrifft die Unfähigkeit der EU, aufgrund der unterschiedlichen Interessen und der generellen Trägheit der Entscheidungsfindung, eine klare und entschlossene Politik gegenüber Belarus zu verfolgen. So waren die verhängten Sanktionen sehr selektiv und beschränkten in keiner Weise die sehr profitablen Exporte von belarussischen Ölprodukte in die EU, was oft von Teilen der belarussischen Zivilgesellschaft und den westlichen Medien kritisiert wurde. Gleichzeitig waren die positiven Angebote der Kooperation während der Dialog-Phasen für Minsk nie konkret und attraktiv genug und lieferten keinen Anreiz für Reformen.

Da es sowohl zu wenig bedrohliche »Peitsche« als auch zu wenig attraktives »Zuckerbrot« gab, hat die EU-Politik gegenüber Belarus bisher keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dasselbe Szenario dieses Jahr im Kontext der im Herbst stattfindenden belarussischen Parlamentswahlen wiederholen wird.

Übersetzung: Aron Trieb

Über den Autor:

Kamil Kłysiński ist Absolvent des Instituts für Politikwissenschaften und Journalismus der Adam-Mickiewicz Universität Posnan. Er ist leitender Wissenschaftler und Belarus-Experte im Warschauer Centre for Eastern Studies (OSW).

Die bisherigen EU-Sanktionen gegenüber Belarus: Zum (Un-)Sinn einer Sisyphusarbeit

Von Aser Babajew, Baku

Belarus gilt heute als typisches Beispiel für eine gescheiterte Demokratisierung während der dritten Demokratisierungswelle, während der sich in Europa ab 1974 immer mehr bis dato autokratisch regierte Staaten in Demokratien transformierten. Dass sich der postsowjetische Transformationsstaat Belarus im gegenwärtigen Europa »offener und demokratischer« Gesellschaften zu einer »traurigen Ausnahme«¹ entwickelt hat, stellt auch und gerade die EU vor das Dilemma, ob diese Ausnahme pragmatisch akzeptiert oder ideologisch abgelehnt werden sollte. Dazu bieten sich alternativ die langfristig-angelegte Geduldsstrategie und die auf kurzfristige Wirkung zielende Druckstrategie an. Im Fall Belarus zeigten sich die besonderen Schwierigkeiten beider Strategien in den letzten zwei Dekaden.

Demokratie soll auch und gerade jenes politische System sein, das es ermöglicht, sich ohne Blutvergießen von der Regierung zu befreien (K. Popper). In Belarus wird den Wählern seit langem eine solche Möglichkeit verweigert. So macht das repressive Vorgehen der Lukaschenko-Regierung gegen die Opposition und die Zivilgesellschaft in der Vergangenheit deutlich, dass ihr alle Mittel recht sind, dauerhaft an der Macht zu bleiben. Die fest etablierten autoritären Bedingungen, einhergehend mit einem komplizierten geostrategischen Kontext, erschweren daher nicht nur einen Macht- und Regimewechsel, sondern auch eine »richtige« Außen- und Demokratieförderpolitik der EU gegenüber Belarus.

Die politische Interessenlage der EU in Belarus weist eher ein *low profile* auf. Ihre Belaruspolitik ist dementsprechend weitgehend wertorientiert, wird jedoch nicht mit hoher Intensität verfolgt. Denn Belarus ist letztendlich zwar ein Nachbarland der europäischen Wertegemeinschaft, aber kein großes Land. Es hat nicht die Größe der Ukraine oder der Türkei und hat mit Blick auf den Öl- und Gastransport nicht den strategischen Stellenwert wie die Ukraine. So ist das Grundinteresse des Westens an Belarus nicht stark ausgeprägt, während dessen Motive für eine wertorientierte Politik gegenüber Belarus relativ diffus bleiben.

Das eher eingeschränkte genuine Interesse an Belarus lässt sich damit erklären, dass das Land, wahrgenommen als Russlands Hinterhof, außenpolitisch zu unwichtig ist, als dass es in den westlichen Hauptstädten politisches Gewicht entfalten könnte.² Das wurde

lange Zeit dadurch begünstigt, dass die »strategische Partnerschaft« mit Russland das ostslawische Land zu einem »hoffnungslosen« Fall für die Demokratisierung und Westannäherung machte. Als wichtigster Bestimmungsfaktor für die zur Demokratieförderung neigende Belaruspolitik der EU lässt sich die *identitäre* Ebene aufführen, da man das – diktatorisch perzipierte – Lukaschenko-Regime im »Herzen« Europas (auch als »letzte Diktatur Europas« stigmatisiert) nicht akzeptieren will.

Die europäische Demokratieförderpolitik in Belarus hat bislang in erster Linie bei den Wahlen angesetzt, während die politische Aufmerksamkeitsschwelle in den Zwischenzeiten sehr weit zurückging. Und bei den Wahlen hat man substantielle Fortschritte entweder von oben (durch die Regierung) oder von unten (durch die Opposition/Zivilgesellschaft) erwartet. Jedes Mal, wenn diese nicht eintraten, zeigte man sich enttäuscht, was wiederum zur verschärften Sanktions- und Isolationspolitik führte. Dies erweist sich bislang allerdings nicht als erfolgreiche Strategie. Da es bei Wahlen um das machtpolitische Sein oder Nicht-Sein für die belarussische Regierung geht, hat sie sich bisher kaum bereit erklärt, gegenüber der EU Zugeständnisse für die Öffnung des Systems zu machen. So griff der bisher eher »isolierte« Fokus auf Wahlen strategisch gedacht zu kurz. Mit diesem »Alles oder Nichts«-Ansatz verbauten sich die westlichen Akteure mithin die Möglichkeit, mit einer systematischen und nachhaltigen Politik in Belarus eine demokratisierungsmächtige Wirkung zu entfalten.

Gerade an der Wiederinkraftsetzung der alten Sanktionen bzw. deren Verschärfung in Reaktion auf die Präsidentschaftswahlen 2010 – nach einer zeitweisen und teilweisen Abkehr von Sanktionen und der scharfen Rhetorik durch die EU im Jahre 2008 – wurde ferner deutlich, wie die alten Ansätze und Mittel wieder die Neuen werden. So scheint die EU-Belaruspolitik auch eine gewisse Pfadabhängigkeit aus den 1990er Jahren entwickelt zu haben. Dabei deutete die Rückkehr zur Isolationspolitik im Frühjahr 2011 auf die vermeintliche Alternativlosigkeit des Konfrontationskurses gegen das belarussische Regime hin, der jedoch mit einer zunehmenden Ineffizienz einhergeht. Damit »vergiften« die – in der Regel auf Wahlen folgenden – politischen Sanktionen zusehends die innen- und außenpolitische Atmosphäre, was wiederum nach innen die Durchführung der Demokratieförderprojekte im Land behindert sowie nach außen die bilateralen Beziehungen

1 Rat der Europäischen Union 2006: Erklärung zu Belarus, 24. März 2006 (7775/06), Brüssel.

2 Kunter, Björn 2007: Belarus: Do No Harm. Forderungen an externe Demokratieförderung, Osteuropa 57: 1, S. 35–48, hier S. 39.

und damit die diplomatischen Gesprächskanäle beschädigen. So kamen sie in den letzten Jahren eher dem metaphorischen Bild »mehr Rauch denn Feuer« gleich.

Insgesamt scheint die EU als Demokratieförderer bislang mit ihren Strategien in Belarus vorerst gescheitert zu sein. Wegen ausbleibender Erfolge herrscht also eine gewisse Ratlosigkeit. Demzufolge ist keine neue Strategie in Sicht, als den Stein des Sisyphus wieder zu wälzen und eine zweite Oszillation zwischen Annäherung und Sanktionen (nach 2008) zu versuchen.

Deshalb ist es wohl an der Zeit, die bisherige Belaruspolitik der EU gründlich zu überdenken. Wenig hilfreich erwiesen sich bislang gerade die Stigmatisierung der Lukaschenko-Regierung als »letzte Diktatur Europas« und deren entsprechende (Kontakt- und Visa-)Sperrung. Angesichts des Wiedererstarkens Russlands mit seiner verstärkten Einflussnahme im postsowjetischen Raum nützt eine solche Polarisierung kaum einer nachhaltigen Demokratisierungs- und Westanbindungspolitik im östlichen EU-Nachbarschaftsraum. Dabei führt eine harte Gangart in Sachen Wahlen keinen demokratischen Wandel herbei, sondern treibt das Regime außenpolitisch immer stärker in die Arme Russlands, das seinerseits in den letzten Jahren nach innen undemokratischer und nach außen offensiver geworden ist. Dass dem finanziell schwächelnden Regime nicht selten der östliche »Bruderstaat« mit Milliardenkrediten unter die Arme greift, ist deshalb kaum verwunderlich. Andererseits wirkt sich die Stigmatisierungspolitik innenpolitisch negativ aus, weil das Regime der (eher pro-europäisch orientierten) Zivilgesellschaft und Opposition, gebrandmarkt als »fünfte Kolonne«, das Leben schwermacht. Das zeigte sich etwa in der lang anhaltenden Repressionswelle der Regierung im Anschluss an die Dezemberwahlen 2010.

Auch und gerade vor dem Hintergrund, dass die Lukaschenko-Regierung bei westlichen Forderungen nach demokratischen Wahlen bislang kaum Kooperationsbereitschaft gezeigt hat, scheint es heute zielführend zu sein, die westliche Belaruspolitik von der sanktionslastigen Pfadabhängigkeit zu befreien und damit den hochpolitischen Wahl-Diskurs durch einen weniger politischen Rechtsstaats- bzw. (ökonomischen) Liberalisierungs-Diskurs zu ersetzen. Insbesondere ist die Forderung (nach) und Förderung der Wirtschaftstransformation wohl ein angemessener Ansatz für Belarus, da die wirtschaftliche (Entwicklungs-)Zusammenar-

beit mit dem Westen im eigenen Interesse der belarussischen Regierung liegt, um die in den letzten Jahren verschlechterte ökonomische Leistung durch westliche Investitionen und Darlehen wieder zu verbessern.³ Tatsächlich zeigte die Regierung in den letzten Jahren durch eine große Zahl von Gesetzen und Verordnungen ihre Reformbereitschaft im Bereich der Wirtschaft.

Außerdem belegt die bisherige Erfahrung insgesamt, dass die politischen Sanktionen oft nicht hilfreich sind. Sie scheinen ein zweiseitiges und ambivalentes Instrument auch und gerade für externe Demokratieförderung zu sein, zumal diese oft viele Nebenwirkungen und zweifelhafte Resultate aufweisen. Es gibt nur ganz wenige Beispiele wie Südafrika, wo Sanktionen zielführend waren.

Angesichts der dominanten Position Russlands in Belarus hat der Westen insgesamt beschränkte Handlungsmöglichkeiten, wenn es darum geht, wie seine Belaruspolitik innenpolitisch veränderungsmächtig sein kann. Der Fall Belarus zeigt zudem das grundlegende Problem, das sich den westlichen Demokratieförderern im östlichen OSZE-Raum stellt. So haben sie gegenüber den postsowjetischen Regimen, die v. a. mit Russland einen alternativen Kooperationspartner in der Hinterhand haben, welchem kaum an Demokratie und Menschenrechten gelegen ist, im Prinzip eine strategische Möglichkeit mit gewissen Erfolgsaussichten: eine langfristig angelegte Strategie des kritischen Engagements. Dabei scheint auch und gerade der langatmige alte KSZE-Weg vielversprechend zu sein, um so auf (kritischen) Dialog und Verpflichtung zu setzen, Angebote zu machen, Gesellschaft zu öffnen, Kontakte zu ermöglichen, politische Reformkräfte zu stützen und sozioökonomische Entwicklung zu fordern: also eine Art neue Ostpolitik, »Wandel durch Annäherung« *reloaded* im Kleinen.

Solange die Autokraten an der Macht sind, und solange man mit beschränkten Einflussmitteln agiert, kann man also mit einer (Geduld-)Strategie des kritischen Engagements etwas erreichen, die nicht über die alle zwei bis drei Jahre stattfindenden Wahlen und deren Manipulationen »stolpert«, wie es bei der jüngsten Annäherungspolitik der EU (2008–2010) der Fall war. Das primäre Ziel dabei soll nicht sein, den autoritären Regierungen zu schaden, sondern die Bevölkerung langfristig zu stärken (etwa durch die Schaffung von Freiräumen für die Zivilgesellschaft), wobei das offensichtlich nicht in (offener) Konfrontation zur Regierung erfolgreich sein kann.

Über den Autor

Aser Babajew promovierte an der Universität Mannheim. Er ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der ADA University (Baku) und assoziierter Forscher am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Zu Belarus hat er zuletzt folgenden Beitrag veröffentlicht: Democracy Promotion between the 'Political' and the 'Developmental' Approach: US and German policies towards Belarus, Democratization 21-5/2014, 937–957.

3 Vgl. Rác, András 2010: The EU and Belarus Engaged – No Wedding in Sight, PRIF-Report No. 101, Frankfurt/M.

16. Februar – 3. April 2016

16.02.2016	Die Zentrale Kommission für Wahlen und Referenden in Belarus sei bereit, mit dem OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) auf Expertenebene zusammenzuarbeiten, so der ZWK-Sekretär Mikalaj Lasawik. Allerdings könnten die konzeptionellen Empfehlungen der OSZE/ODIHR vor den Parlamentswahlen nicht umgesetzt werden, so Lasawik.
16.–17.02.2016	Ein Minsker Gericht verurteilt Anatol Ljabedzka, Vorsitzender der Vereinten Bürgerlichen Partei, wegen einer ungenehmigten Kundgebung gegen polizeiliche Willkür am 30. Januar in Minsk zu einer Geldstrafe in Höhe von 10,5 Mio. BYR (umgerechnet knapp 460 Euro). Am folgenden Tag wird der Oppositionelle erneut zur gleichen Strafe für die Organisation und Durchführung einer Aktion zur Unterstützung der Einzelunternehmer in Belarus verurteilt.
17.02.2016	In Minsk tagt die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise. Die Tagung verläuft hinter verschlossenen Türen und es ist keine Kommunikation mit der Presse geplant.
17.02.2016	Die Europäische Union und der Europarat äußern sich besorgt über das am 15. Januar gefällte zweite Todesurteil in Belarus im Jahr 2016 und rufen die politische Führung erneut zur Einführung eines Moratoriums für die Vollstreckung der Todesstrafe auf.
17.02.2016	Laut des Jahresberichtes 2015 von Amnesty International werden Menschenrechte in Belarus weiterhin verletzt. Der Bericht erwähnt u. a. folgende Verletzungen seitens der Behörden: Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Verfolgung von Journalisten, Menschenrechtlern und Vertretern sexueller Minderheiten, das Verhängen weiterer Todesurteile.
17–19.02.2016	Der von der EU anerkannte ehemalige politische Gefangene, Mikalaj Statkewitsch, hält im EU-Parlament einen Vortrag über die Situation in Belarus und trifft sich u. a. mit den Mitgliedern der Europäischen Gruppe für die Beziehungen zu Belarus. Statkewitsch macht darauf aufmerksam, dass die Beziehungen zwischen dem EU-Parlament und Belarus von den Ergebnissen der kommenden Parlamentswahlen in Belarus abhängen werden.
22.02.2016	In Minsk findet eine Kundgebung der Einzelunternehmer für die Aufhebung des Präsidialerlasses Nr. 222 über die Regelung der Unternehmertätigkeit statt. An der Aktion nehmen ca. 300 Teilnehmer teil.
22.–26.02.2016	Eine Delegation der Internationalen Arbeitsorganisation trifft sich in Belarus im Rahmen eines offiziellen Besuchs mit den Vertretern des Belarussischen Kongresses der demokratischen Gewerkschaften sowie der pro-staatlichen Föderation der Gewerkschaften von Belarus.
23.–24.02.2016	Eine EU-Delegation unter Leitung der Vize-Generaldirektorin der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Katarina Mathernova, und des Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank, László Baranyay, hält sich in Belarus auf. Die Delegation trifft sich u. a. mit Außenminister Uladsimir Makej, Vertretern der Nationalbank und des Wirtschaftsministeriums. Schwerpunkthemen des Besuchs sind die Zusammenarbeit zwischen Belarus und der EU in Handel, Wirtschaft und Finanzen, die Kooperation zwischen Belarus und der Europäischen Investitionsbank sowie die internationale technische Hilfe der EU für Belarus.
24.02.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt erneut in Minsk. Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Martin Sajdik, begrüßt die Intensivierung des Austauschprozesses von Gefangenen zwischen den Konfliktparteien im Donbas.
25.02.2016	Die Sitzung des Obersten Staatsrats des Unionsstaates von Belarus und Russland findet in Minsk statt. Auf der Agenda stehen u. a. die Fragen der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel sowie außenpolitische Kooperationen. Vor der Sitzung führen Präsident Aljaksandr Lukaschenka und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin ein bilaterales Gespräch. Die Frage der Vergabe eines Kredits für Belarus durch den Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung wird diskutiert, allerdings ohne konkrete Ergebnisse.

25.–26.02.2016	Eine Delegation unter Leitung des Vizevorsitzenden der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung von Belarus, Wiktar Huminski, nimmt an der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien teil. Belarussische Parlamentarier beteiligen sich u. a. in den Komitees für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten, für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt.
26.02.2016	Die Entscheidung über die Vergabe eines Kredits an Belarus durch den Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar wurde getroffen, so der Botschafter Russlands in Belarus Alexander Surikow. Die Vereinbarung über die Vergabe des Kredits wird am 25. März unterzeichnet.
28.02.2016	In Minsk findet eine weitere Kundgebung der Einzelunternehmer für die Aufhebung des Präsidialerlasses Nr. 222 über die Regelung der Unternehmertätigkeit statt.
02.03.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt erneut in Minsk. Es werden zwei Vereinbarungen unterzeichnet: Zur Einstellung von Übungen an der Kontaktlinie in der Ukraine sowie zur Minenräumung. Die Konfliktparteien in der Ukraine sollen die Gebiete für die Minenräumung bis zum 31. März markieren.
02.03.2016	Belarus und Deutschland leiten eine neue Phase der Beziehungen ein, erklärt der Botschafter Deutschlands in Belarus, Peter Dettmar. Ihm zufolge hätten beide Länder innerhalb der vergangenen Jahre ein ausreichendes Potenzial bei der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Kultur angesammelt, was zu einer guten Basis für die Kooperation in anderen Bereichen werden könne.
03.03.2016	Der oppositionellen Partei »Belarussische Sozialdemokratie« wird zum sechsten Mal die staatliche Registrierung verweigert.
08.–11.03.2016	Der Sonderbeauftragte der Europäischen Union für Menschenrechte, Stavros Lambrinidis, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf, um an einer internationalen Konferenz zum Thema Todesstrafe teilzunehmen. Er trifft sich u. a. mit dem Präsidenten Ajaksandr Lukaschenka, dem Außenminister Uladsimir Makej sowie mit belarussischen Menschenrechtlern. Der Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), Andrea Rigoni, ruft die belarussischen Behörden während der Konferenz zur Einführung eines Moratoriums auf die Vollstreckung der Todesstrafe auf.
09.–24.03.2016	Mehrere oppositionelle Aktivisten, darunter die ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Uladsimir Njakljaeu und Mikalaj Statkewitsch sowie der Vorsitzende der Vereinten Bürgerlichen Partei, Anatol Ljabledska, werden wegen ihrer Teilnahme an mehreren Kundgebungen für die Aufhebung des Präsidialerlasses Nr. 222 über die Regelung der Unternehmertätigkeit in Minsk (am 15., 22. und 28. Februar) zu Geldstrafen jeweils in Höhe von 10,5 Mio. BYR (umgerechnet knapp 460 Euro) verurteilt.
11.03.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt ein weiteres Mal in Minsk. Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Martin Sajdik, berichtet, es habe keine Fortschritte in der Frage der Gefangenaustausche gegeben.
15.03.2016	Die im Februar gegründete zwischenbehördliche Expertengruppe bei der Zentralen Wahlkommission von Belarus, die die Empfehlungen der OSZE/ODIHR analysiert, hält es für unzweckmäßig, die Änderungen im Wahlgesetz vor den anstehenden Parlamentswahlen in Belarus vorzunehmen.
16.03.2016	Der bereits in Polen, Tschechien und Litauen registrierten Solidaritätsbewegung »Rasam« wird aus formalen Gründen die staatliche Registrierung in Belarus verweigert.
21.–23.03.2016	Vertreter der belarussischen Opposition nehmen an der Parlamentarischen Versammlung der Östlichen Partnerschaft (EURO-NEST) in Brüssel teil. Belarussische Parlamentarier werden zum EURO-NEST nicht eingeladen.

22.–23.03.2016	Der Außenminister Polens Witold Waszczykowski hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf – es ist der erste Besuch des polnischen Außenministers in Belarus seit acht Jahren. Er trifft sich u. a. mit seinem belarussischen Kollegen Uladsimir Makej und mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Dabei werden u. a. Fragen der Beziehungen zwischen Belarus und der EU, der transnationalen Zusammenarbeit und der Senkung der Visagebühr zwischen Polen und Belarus besprochen. Der polnische Außenminister führt auch Gespräche mit den Vertretern der belarussischen Opposition.
23.03.2016	Die Tagung der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine findet in Minsk statt. Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Martin Sajdik, gibt bekannt, dass die Kontaktgruppe sich darauf geeinigt habe, einen Fahrplan zur Freilassung von Gefangenen zu erstellen.
24. – 25.03.2016	Der Vizepremier und Außenminister Sloweniens, Karl Erjavec, ist mit einer Delegation zu einem offiziellen Besuch in Belarus und trifft sich u. a. mit seinem Amtskollegen Uladsimir Makej und Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Besprochen werden u. a. die außenpolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sowie die Belarus-EU Beziehungen. Slowenien sei immer gegen Sanktionen gegen Belarus gewesen, so Erjavec.
25.03.2016	300 bis 600 Personen nehmen in Minsk an einer Demonstration zum »Freiheitstag« anlässlich des 98. Jahrestags der Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik teil.
28.–30.03.2016	Ein Vertreter des US-Verteidigungsministers, Michael Carpenter, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf und führt u. a. Gespräch mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka. In den letzten sechs Monaten konnten die USA einen Demokratisierungskurs in Belarus feststellen, so Carpenter. Der belarussische Präsident spricht von einer neuen Phase der belarussisch-amerikanischen Beziehungen.
31.03.–01.04. 2016	Eine Delegation des schwedischen Außenministeriums unter Leitung der Staatssekretärin Annika Söder trifft sich im Rahmen eines offiziellen Besuchs in Belarus u. a. mit den Vertretern der belarussischen Opposition sowie mit Außenminister Uladsimir Makej und der stellvertretenden Außenministerin Alena Kuptschyna. Gesprächsthemen sind u. a. die bilaterale Zusammenarbeit und Ausgestaltung des belarussisch-europäischen Dialogs, Fragen der regionalen und internationalen Agenda.
02.04.2016	Am offiziellen Tag der Einheit der Völker von Belarus und Russland findet eine von der Organisation »Malady Front« organisierte Kundgebung vor der russischen Botschaft in Minsk statt. Die Teilnehmer protestieren »gegen russischen Chauvinismus und Imperialismus«.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Aron Trieb (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



Belarus Perspektiven

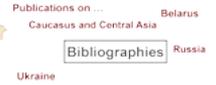
- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.



IBB

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.htm>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php